



BEGRÜNDUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN EN 189 „ÖSTLICH DER LINDENSTRASSE“

1. Allgemeines

1.1 Lage des Plangebiets

Das ca. 2,4 ha große Plangebiet beinhaltet den östlichen Siedlungsrand Einums nördlich der Bundesstraße 1 (B 1). Es wird im Norden durch die Straße *An der Klus*, im Osten durch die offene Ackerflur sowie im Süden durch die *Alte Heerstraße* (B 1) begrenzt und beinhaltet im Westen die *Lindenstraße*, mit der es endet.

1.2 Vorhandene Nutzung

Das bereits überwiegend bebaute Plangebiet besteht aus ein- bis zweigeschossigen Einzel- und Doppelwohnhäusern. Dazwischen eingestreut befinden sich einige unbebaute Freiflächen, die teils gärtnerisch genutzt werden, teils aber auch brach liegen.

1.3 Eigentumsverhältnisse

Die Grundstücke im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans befinden sich in Privatbesitz. Die *Lindenstraße* ist Eigentum der Stadt Hildesheim und die kleine Grünfläche mit dem Wegekreuz an der Ecke *Lindenstraße* / *Alte Heerstraße* gehört der katholischen Kirche.

1.4 Darstellung im Flächennutzungsplan

In der wirksamen Fassung des Flächennutzungsplans ist ein ca. 80 m breiter Streifen nördlich der *Alten Heerstraße* (B 1) als gemischte Baufläche, das übrige Plangebiet dagegen als Wohnbaufläche dargestellt. Der Bebauungsplan greift diese Darstellung auf und übernimmt sie entsprechend durch die Festsetzung eines Dorfgebiets (MD) sowie eines sich nördlich anschließenden allgemeinen Wohngebiets (WA). Der Bebauungsplan ist somit aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2. Städtebauliche Zielsetzungen

In die bauliche Entwicklung dieser bisher eher ruhigen Randlage ist im Verlauf des letzten Jahres Bewegung gekommen. So wurde im Bereich der *Alten Heerstraße* 37 ein traditioneller landwirtschaftlicher Hof abgebrochen und durch eine relativ dichte Wohnbebauung ersetzt. Gegenüber, auf der Ostseite der *Lindenstraße*, sind ein ehemaliges Stallgebäude und ein ortsbildprägender Vegetationsbestand entfernt worden. Durch diese Maßnahme sollte das Grundstück für eine neue Bebauung vorbereitet werden. Etwas weiter nördlich, auf der Westseite der Straße, wurde die Teilung eines Grundstücks bereits beantragt. Auch dort soll der hintere Grundstücksbereich bebaut werden. Während die Westseite der *Lindenstraße* nur wenig Nachverdichtungspotentiale aufweist und somit die Gefahr einer ungeordneten Entwicklung nicht befürchtet werden

Januar/07

muss, sind auf der Ostseite der *Lindenstraße* mehrere unbebaute Grundstücke vorhanden, die auch eine durchaus verdichtete und somit möglicherweise nicht mehr ortsverträgliche Bebauung ermöglichen. Da das Instrument des § 34 Baugesetzbuch (BauGB) nicht ausreichen wird, eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten, ist ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet worden. Ziel ist es daher mit Hilfe der Festsetzungen des Bebauungsplans eine ortsverträgliche Weiterentwicklung und Abrundung des bestehenden Wohngebiets zu ermöglichen, ohne dass die dörfliche Struktur und der auch aus weiter Ferne wahrnehmbare östliche Siedlungsrand von Einum durch eine unverhältnismäßig dichte Bebauung beeinträchtigt werden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass die Bebauungsdichte sowie die Anteile von bebauten zu unbebauten Flächen in einem ausgewogenen Verhältnis zum übrigen Ortskern stehen.

3. Planinhalt

3.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

Für den überwiegenden Teil des bereits bebauten Plangebiets wird ein allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Die Festsetzung nimmt dabei den bereits seit Jahren vorhandenen Gebietscharakter auf und bewahrt ihn. Die festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 gewährleistet angesichts der vorhandenen Grundstücksgrößen eine genügend große Ausnutzung der Grundstücke, ohne dass das für dörfliche Strukturen typische, aufgelockerte Verhältnis von Bebauung zu Freiflächen aufgehoben wird. Aus diesem Grunde wurde das nach § 17 Baunutzungsverordnung (BauNVO) zulässige Höchstmaß von 0,4 nicht ausgeschöpft. Entsprechend der vorhandenen Bebauung wurden (maximal) zwei Vollgeschosse festgesetzt. Die Geschossflächenzahl (GFZ) beträgt demzufolge 0,6.

Gemäß der Darstellung des Flächennutzungsplans sowie in Fortsetzung der vorhandenen Ortsstruktur Einums wurde der räumlich zusammenhängende Bereich, der im Süden des Plangebiets an die Bundesstraße B 1 grenzt, als Dorfgebiet festgesetzt. Somit sollen entlang der hoch frequentierten *Alten Heerstraße* auch weiterhin Nutzungen zulässig sein, welche die dörfliche Struktur durch Nichtwohnnutzungen ergänzen und damit die Ansiedlung von dorfgbietstypischen Betrieben sichern. Da im nördlichen Teil des festgesetzten Dorfgebiets eine Bebauung mit Wohnhäusern nicht unwahrscheinlich ist, wurde zur Wahrung der bereits o.g. Zielsetzung einer aufgelockerten, ortstypischen Bebauungsstruktur eine für Dorfgebiete vergleichsweise niedrige Ausnutzung festgesetzt: die GRZ beträgt 0,4 und die GFZ bei maximal zwei Vollgeschossen 0,8.

3.2 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Unter Berücksichtigung der vorhandenen, gewachsenen Dorfstruktur wird die offene Bauweise festgesetzt. In der *Lindenstraße* sind Einzel- und Doppelhäuser vorhanden. Diese Bauweise wird beibehalten und entsprechend festgesetzt. Reihenhäuser werden in diesem Bereich als ortsuntypisch ausgeschlossen. Die überbaubaren Grundstücksflächen werden insgesamt großzügig festgesetzt, um die auch bereits momentan schon mögliche Bebauung in zweiter Reihe zu ermöglichen. Zu den Straßenflächen wird ein üblicher Mindestabstand von 3 m festgesetzt. Lediglich zur offenen Feldflur hin wird der Verlauf der Baugrenze mit einem Abstand von 5 m zu den Grundstücksgrenzen festgesetzt, um die Hauptanlagen nicht zu dicht an den Siedlungsrand heran rücken zu las-

sen. Nebenanlagen sind aber in Teilen dieser Abstandsflächen (s. Kapitel 3.3) weiterhin zulässig. Die Festsetzung eng gefasster Baufenster ist aus städtebaulichen Gründen nicht erforderlich, da die Bebauungsdichte über die festgesetzte GRZ geregelt wird. Zudem ist eine Mindestgröße für Baugrundstücke von 600 m² festgesetzt. Kleinere Grundstücke entsprechen nicht dem gewachsenen Ortsbild und würden zu Strukturen führen, die eher an Neubaugebiete in der Stadtrandlage erinnern würden als an dörfliche Strukturen, wie sie in Einum vorhanden sind. Aus Gründen der Erhaltung dieser typisch dörflichen Qualität ist die Mindestgrundstücksgröße auch bei geplanten Doppelhausvorhaben anzuwenden.

3.3 Garagen, Nebenanlagen und Pflanzgebote

Garagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen an der Zufahrtsseite nur ab einem Mindestabstand von 5 m zu öffentlichen Verkehrsflächen zulässig (s. textl. Festsetzung Nr. 2). Damit soll erreicht werden, dass auf der Zufahrtsfläche ein zweites Kraftfahrzeug abgestellt werden kann und der Parkdruck im öffentlichen Straßenraum gemildert wird. An Seiten- und Rückwänden von Garagen ist ein Mindestabstand von 2 m zu öffentlichen Verkehrsflächen einzuhalten: Diese Abstandsflächen sind mit Laubsträuchern zu bepflanzen, die dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen sind. Mit dieser aus gestalterischen Gründen getroffenen Festsetzung soll das störende Hineinwirken baulicher Anlagen in den öffentlichen Raum verhindert werden.

Im festgesetzten allgemeinen Wohngebiet sind Nebenanlagen mit mehr als 15 m³ Brutto-rauminhalt nur ab einem Mindestabstand von 3 m zu öffentlichen Verkehrsflächen zulässig (s. textl. Festsetzung Nr. 3). Im Einzelfall können die Abstandsflächen auf 2 m verringert werden, wenn sie flächendeckend mit Laubsträuchern begrünt werden. Diese sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass größere Nebenanlagen, die häufig als Fremdkörper wirken können, von ihrer Erscheinung her nicht zu dominant in den öffentlichen Raum einwirken.

Am östlichen Rand des Baugebietes sind gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB Anpflanzungen festgesetzt. Dieser „Pflanzstreifen“ ist flächendeckend mit Laubgehölzen einer potenziellen standortheimischen Vegetation (vornehmlich Straucharten) zu bepflanzen. Diese sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Eine beispielhafte Aufzählung unterschiedlicher Arten heimischer Laubgehölze ist der Anlage 1 dieser Begründung zu entnehmen. Die zum Anpflanzen festgesetzten Flächen (s. textl. Fests. Nr. 6) dienen der besseren Einfügung der neuen Bebauung in das Landschaftsbild sowie dem Erhalt der landschaftstypischen Ortsränder. Zudem stellen sie einen gewissen Abstand zwischen Wohnbebauung und landwirtschaftlicher Nutzung dar bzw. haben einen leicht abschirmenden Effekt, was die Außenwohnbereiche betrifft. Um dem Entstehen eines uneinheitlichen und nicht landschaftstypischen Erscheinungsbildes des von Weitem erkennbaren östlichen Ortsrandes Einums vorzubeugen sind innerhalb der zum Anpflanzen festgesetzten Flächen Veränderungen der natürlichen Geländeoberfläche, Bodenversiegelungen und Nebenanlagen aller Art unzulässig.

Pro angefangene 1000 m² Grundstücksfläche ist ein mittel- bis hochwüchsiger, der potenziell heimischen Vegetation entsprechender Laubbaum oder Obstbaum auf den Grundstücken zu pflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Hierdurch soll erreicht werden, dass das den Ortscharakter prägende Element eingestreuter Bäume erhalten bleibt. Zudem wird hierdurch eine Durchgrünung des Baugebietes gefördert. (s. textl. Fests. Nr. 6)

3.4 Erschließung

Die verkehrliche und technische Erschließung erfolgt durch die bereits endgültig ausgebaute *Lindenstraße*. Die Bauplätze in zweiter Reihe müssen von der *Lindenstraße* durch private Grundstückszufahrten erschlossen werden. Davon ausgenommen ist ein am nördlichen Plangebietsrand gelegenes Baugrundstück, das von der Straße *An der Klus* erschlossen werden kann und ein am südlichen Plangebietsrand gelegenes Grundstück, was bereits von der *Alten Heerstraße* aus erschlossen ist. Eine Veränderung oder Erweiterung der öffentlichen Verkehrsflächen ist nicht vorgesehen.

3.5 Grünflächen

Im südlichen Teil des Plangebiets ist eine private Grünfläche festgesetzt. Dieser Bereich ist aufgrund hoher Schallimmissionen für eine Bebauung nicht geeignet. Um diesen kritischen Bereich möglichst gering zu halten und nördlich davon eine Bebauung ermöglichen zu können, ist innerhalb dieser Fläche ein Lärmschutzwall vorgesehen (s. dazu Kapitel 4.1). Der Lärmschutzwall ist zu begrünen.

An der Einmündung *Alte Heerstraße / Lindenstraße* befindet sich eine kleine Parzelle, die als öffentliche Grünfläche festgesetzt ist. Auf ihr befindet sich ein geschütztes Wegeskreuz mit Baumbestand. Diese Anlage ist Teil des erhaltenswerten Ortsbildes von Einum und wird als solche im Bebauungsplan gesichert. Die auf der öffentlichen Grünfläche festgesetzten Bäume sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.

3.6 Spielplätze

Das Plangebiet ist dem Spielbezirk 74 zugeordnet. Der Bezirk weist einen Fehlbestand von ca. 550 m² Spielplatzfläche auf. Im Rahmen der planerischen Abwägung wird von der Festsetzung eines neuen Kinderspielplatzes abgesehen. Für die Abwägung ist insbesondere von Belang:

1. Bei der künftigen Bebauung handelt es sich um Einzel- und Doppelhäuser mit großen Grundstücks- und Gartenflächen, auf denen Kinder ihren Bewegungsbedürfnissen ebenfalls nachkommen können.
2. *Am Thie* befindet sich innerhalb einer Wegstrecke von 400 m ein zentral gelegener Kinderspielplatz.
3. Die künftige Bebauung ist auch bisher schon über § 34 BauGB genehmigungsfähig und somit in die Berechnung des Spielflächenbedarfs bereits eingeflossen. Der Bebauungsplan löst daher weder das Defizit aus noch vergrößert er es.
4. Die statistischen Grunddaten der Stadt Hildesheim (Stand 01.01.2005) geben für ganz Einum insgesamt 76 Kinder zwischen 6 und 12 Jahren an. Für diese stehen in zentraler Lage die Kinderspielplätze *Am Thie* mit 333 m² sowie im Spielbezirk 75 der Spielplatz südlich der *Alten Heerstraße* mit 470 m², insgesamt also 803 m² zur Verfügung. Trotz des rein rechnerischen Defizits aus dem Niedersächsischen Spielplatzgesetz heraus ist die *tatsächliche* Versorgungssituation in Einum daher als ausreichend anzusehen.

4. Auswirkungen auf die Umwelt

4.1 Immissionssituation

An die östliche Grenze des Bebauungsplangebietes grenzen unmittelbar landwirtschaftliche Flächen an. Zwischen diesen und der geplanten Wohnnutzung liegt lediglich der vorgesehene „Pflanzstreifen“. Im Sinne des planerischen Gebots der gegenseitigen Rücksichtnahme muss daher seitens der Landwirtschaft akzeptiert werden, dass die Wohnnutzung eine gewisse Schutzbedürftigkeit hat. Andererseits sind die Wohngrundstücke durch die vorhandene Nachbarschaft zu landwirtschaftlich genutzten Flächen vorbelastet. Jeder, der auf diesen Grundstücken baut, tut dies in Kenntnis der unmittelbaren Nachbarschaft zu landwirtschaftlich genutzten Flächen und kann daher nicht verlangen, von jeglichen Immissionen von Seiten der Landwirtschaft verschont zu bleiben. Das bedeutet, die zu einer ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung erforderlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen und die daraus resultierenden unvermeidlichen Immissionen sind seitens der künftigen Bewohner hinzunehmen, solange hierbei für die Betroffenen keine „wesentlichen Beeinträchtigungen“ im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bzw. „erhebliche Nachteile“ durch schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) eintreten. Nicht notwendige Störungen, wie z.B. ein ständiges, nicht notwendiges Fahren mit Traktoren entlang der Grenze zu den Wohngrundstücken, die Lagerung von Rübenblatt in unmittelbarer Nähe zu den Wohnhäusern o. Ä. müssen seitens der Landwirtschaft vermieden werden.

Die schalltechnischen Auswirkungen der Alten Heerstraße (B 1) auf das festgesetzte Dorfgebiet und das allgemeine Wohngebiet wurden im Rahmen eines schalltechnischen Gutachtens des Ingenieurbüros Lauterbach untersucht. Die Berechnungsergebnisse zeigen, dass die Beurteilungspegel am südlichen Rand bzw. im südlichen Bereich des Dorfgebiets tags ca. 65 bis 70 dB(A) und nachts bis über 60 dB(A) erreichen. Im südlichen allgemeinen Wohngebiet sind Pegel von tags ca. 61 dB(A) und nachts ca. 53 dB(A) berechnet worden. Damit sind Überschreitungen der gebietsbezogenen Orientierungswerte von bis zu 5 bzw. 6 dB(A) am Tag und 10 bzw. 8 dB(A) in der Nacht zu verzeichnen. Es sind somit Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

Zum Schutz der südlichen Außenwohnbereiche ist ein Lärmschutzwall in einer Höhe von 3,0 m vorgesehen. Im Nahbereich des Walles ist von Pegelminderungen von 3 bis 5 dB(A) und damit von einer spürbaren Entlastung auszugehen. Da die Anlage aus städtebaulichen Gründen sowie wegen örtlicher Zwangspunkte aber nicht höher oder länger ausgebildet werden kann, verbleiben in Teilbereichen noch Überschreitungen der städtebaulichen Orientierungswerte der DIN 18005 von bis zu 5 dB(A) bzw. in einem kleinen Bereich auch darüber hinausgehend. Die Entscheidung, trotz dieser Überschreitungen in den Außenwohnbereichen an einer Bebaubarkeit der Grundstücke festzuhalten, wurde aus folgenden Überlegungen heraus getroffen:

1. Die bauliche Schließung des Siedlungsrandes östlich der *Lindenstraße* ist aus städtebaulicher Sicht wünschenswert. Unbebaute Grundstücke und Baulücken sollen durch eine künftige Bebauung geschlossen werden, um zum einen eine vollständige Straßenrandbebauung der Lindenstraße zu erhalten, zum anderen den derzeit noch „perforierten“ östlichen Siedlungsrand - nicht zuletzt wegen seiner Fernwirkung - zu vervollständigen.

2. Die zeitlich gedehnte und damit durchaus dorfverträgliche Nachverdichtung östlich der *Lindenstraße* spiegelt den natürlichen Veränderungsprozess innerhalb der Ortschaft wider. Unter Beachtung der schallschutztechnischen Festsetzungen kann dieser Prozess fortgesetzt werden.
3. Eine Überschreitung von 4 dB(A) bzw. maximal bis zu 5 dB(A) in den Außenwohnbereichen liegt noch im Bereich dessen, was im Rahmen der 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV) als verträglich angesehen wird. Demnach können Schallpegel von 64 / 65 dB(A) im Dorfgebiet und 59 dB(A) im allgemeinen Wohngebiet nicht grundsätzlich unzumutbar sein.

Die Baufenster wurden so gewählt, dass hier nur geringere Überschreitungen hinzunehmen sind.

Für die schutzbedürftigen Wohn- und Schlafräume - insbesondere in den 1. Ober- und Dachgeschossen - sind zusätzlich passive Schallschutzmaßnahmen erforderlich. Aus den im Bebauungsplan festgesetzten Lärmpegelbereichen (Berechnungshöhe: 8,6 m ü.G.) ergeben sich Anforderungen an die Außenbauteile (hier insbesondere Außenwände, Fenster und schallgedämmte Lüftungseinrichtungen) gemäß der DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“, die bei den einzelnen Hochbauplanungen zu berücksichtigen sind. (s. textl. Festsetzung Nr. 4). Auf diese Weise kann der Schutz der Wohn- und Schlafräume gewährleistet werden.

4.2 Geschützte Landschaftsbestandteile

Im Plangebiet sind ein einige (ein Walnussbaum, 4 Linden und eine Robinie) Bäume zu finden, die unter die Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen in der Stadt Hildesheim fallen: Die Meisten dieser Bäume befinden sich auf oder in der unmittelbaren Nähe zu der Fläche im Südwesten des Planbereiches, die als öffentliche Grünfläche festgesetzt ist und auf der sich ein Denkmal (s. Kapitel 3.5 und 6) befindet. Angrenzend an diesen Bereich entsteht eventuell ein Konflikt insbesondere mit Hinblick auf die auf Flurstück 32/2 befindlichen Bäume (eine Linde und eine Robinie), da die Aufschüttungen im Zusammenhang mit dem Lärmschutzwall im Kronentraufbereich auslaufen werden und dies die Bäume beeinträchtigen könnte. Der Lärmschutzwall ist jedoch unabdinglich im Hinblick auf gesunde Wohnverhältnisse im als Dorfgebiet festgelegten Bereich. Über die Festsetzung Nr. 6 im Bebauungsplan ist der evtl. notwendige Ausgleich sichergestellt, sollten diese Bäume abgängig sein. Es ist jedoch zu empfehlen, zeitgleich mit der Herstellung des Lärmschutzwalls bereits eine entsprechende Anzahl Bäume - gleicher Art der evtl. beeinträchtigten - auf dem angrenzenden Grundstück bzw. der privaten Grünfläche anzupflanzen, so dass diese bereits heranwachsen können bevor die besagten Bäume abgängig werden.

4.3 Eingriffe in Natur und Landschaft

Das gesamte Plangebiet ist bereits vor der Planaufstellung über § 34 BauGB bebaubar gewesen. Für Vorhaben war die Eingriffsregelung daher bisher nicht anzuwenden. Da der Bebauungsplan über das bisherige Maß hinaus keine weiteren Eingriffe ermöglicht, ist ein naturschutzrechtlicher Ausgleich nicht erforderlich (§ 1a Abs. 3, letzter Satz BauGB).

5. Altlasten

Altlasten sind nicht vorhanden.

6. Nachrichtliche Übernahme und Hinweise

Das Wegekreuz an der Einmündung *Alte Heerstraße / Lindenstraße* mit dem dazugehörigen Baumbestand (2 flankierende Linden) ist ein eingetragenes Baudenkmal.

7. Finanzielle Auswirkungen

Für die Stadt sind keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten.

8. Bodenordnende Maßnahmen

Bodenordnende Maßnahmen im Sinne des 1. Kapitels, 4. Teil BauGB sind nicht erforderlich.

9. Verfahren

- | | |
|---|---------------------------|
| • Aufstellungsbeschluss
(§ 2 Abs. 1 BauGB) | 08.11.2004 |
| • Unterrichtung und Erörterung
(§ 3 Abs. 1 BauGB) | 31.01.2005
-25.02.2005 |
| • Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
(§ 4 Abs. 1 BauGB) | 06.01.2006
-10.02.2006 |
| • Öffentliche Auslegung
(§ 3 Abs. 2 BauGB) | 25.07.2006
-24.08.2006 |
| • Zweite eingeschränkte Beteiligung
(§4a Abs. 3 Satz 4 BauGB) | 26.10.2006
-30.11.2006 |

Diese Begründung wurde vom Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung der Stadt Hildesheim ausgearbeitet.

Hildesheim, den 30.01.2007

(Kraatz)

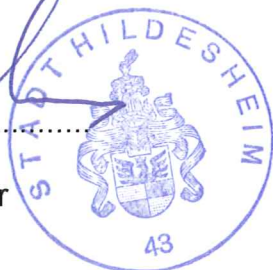
Januar/07

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 19.03.2007 diese Begründung zum den Bebauungsplan EN 189 „Östlich der Lindenstraße“ beschlossen.

Hildesheim, den 16.04.2007



(Machens)
Oberbürgermeister



Anlage 1

Zur Begründung des Bebauungsplanes EN 189 „Östlich der Lindenstraße“.

Beispielhafte Auswahl heimischer Laubgehölze

Sträucher :

- | | |
|----------------------|-----------------------|
| - Corylus avellana | Waldhasel |
| - Crataegus monogyna | Weißdorn |
| - Lonicera xylosteum | Gemeine Heckenkirsche |
| - Prunus spinosa | Schlehe, Schwarzdorn |
| - Rosa canina | Heckenrose, Hundsrose |
| - Sambucus nigra | Schwarzer Holunder |

Mittelhochwüchsige Laubbäume :

- | | |
|--------------------|-----------------------|
| - Acer campestre | Feldahorn |
| - Carpinus betulus | Hainbuche |
| - Prunus padus | Traubenkirsche |
| - Sorbus aria | Mehlbeere |
| - Sorbus aucuparia | Vogelbeere, Eberesche |

Hochwüchsige Laubbäume :

- | | |
|-----------------------|-------------|
| - Acer platanoides | Spitzahorn |
| - Acer pseudoplatanus | Bergahorn |
| - Fraxinus excelsior | Esche |
| - Quercus robur | Stieleiche |
| - Tilia cordata | Winterlinde |